

Gehwegparken Stadtteil Lechhausen

Unsere Augsburger Bürgerinnen und Bürger haben in den vergangenen Jahrzehnten in den Wohngebieten des Stadtteils Lechhausen bei gegenseitiger Rücksichtnahme aller Verkehrsteilnehmenden erfolgreich Parken praktiziert. Wo dies lange Zeit möglich war, wird heute Gehwegparken mit hohem Bußgeld belegt. Dies hat zu Unverständnis der Anwohnenden geführt.

Dazu Stadtrat Horst Hinterbrandner: „Selbstverständlich gilt: Wenn Autos beidseitig – trotz breiter Gehwege – auf der Straße stehen, gehen häufig Probleme für Rettungsdienste, Müllabfuhr, flüssigen Gegenverkehr, aber insbesondere auch Radfahrer (Abstandsgebot!) einher, die nicht zu akzeptieren sind und entsprechend berichtigt werden müssen. Dem möchten wir mit der Möglichkeit des Gehwegparkens entgegenreten und Gehwegparken in den perspektivisch betroffenen Wohngebieten in Lechhausen umsetzen. Unsere oberste Prämisse: Fußgängern darf hierdurch kein Nachteil entstehen, die gesetzliche Mindestbreite bleibt bestehen. Somit waren wir auch die ‚Unterstützung der Fußgängerbelange‘, ein Punkt, der in unserem Koalitionsvertrag explizit festgeschrieben steht.“

In der Praxis bedeutet dies, dass eine Mindestgehwegbreite von 1,50 Meter für Fußgänger und Rollstuhlfahrer und eine Mindestfahrbahnbreite von 3,50 Meter zwingend für Rettungs-, Müll- und Lieferfahrzeuge gewährleistet bleiben müssen.

Ruth Hintersberger, stellvertretende Fraktionsvorsitzende, ergänzt: „Hier benötigt es ein lösungsorientiertes Vorgehen, das Gehwegparken dort zulässt, wo es für alle Verkehrsteilnehmer sinnvoll und möglich ist. Aus diesem Grund beantragen wir in einem ersten Schritt in denen vom Tiefbauamt bereits geprüften und somit möglichen Straßen (Treplitzer Straße, Steinmetzstraße, Gneisenaustraße) das Gehwegparken zu implementieren. Die Umsetzung soll mit den kostengünstigen und favorisierten Maßnahmen der Beschilderung und Abmarkierung durchgeführt werden. Nur wo es zwingend notwendig ist, soll die Möglichkeit der Bordsteinabsenkung in Betracht gezogen werden.“

Die CSU-Stadtratsfraktion vertritt eine innovative Verkehrspolitik zur Stärkung der Stadtteile mit dem Maßstab: Kein Verkehrsteilnehmer darf benachteiligt werden, keine Verkehrsideologie zugunsten einer Verkehrssparte. Ob Fußgänger, Fahrrad, Auto oder ÖPNV – alle Verkehrsteilnehmer müssen als Gesamtheit gedacht und betrachtet werden, alle sollen im öffentlichen Verkehrsraum gleichberechtigt bestehen.